

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung
(67. - öffentliche - Sitzung am 16. März 2017)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung:

Auf Antrag der CDU-Fraktion kam der Ausschuss überein, sich in einer seiner nächsten Sitzungen durch die Landesregierung über die aktuelle Situation im Sudan unterrichten zu lassen.

1. **Entwurf eines Gesetzes zum Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7384](#)

Der - federführende - Ausschuss führte die Beratung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfahl er dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Die Berichterstattung vor dem Plenum übernahm Abg. Hans-Dieter Haase (mündlicher Bericht).

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Europaschulen in Niedersachsen und dem EU-Programm Erasmus+ im Schulbereich**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Gemeinnützigkeit der Freifunk-Initiativen anerkennen - Bürgerschaftliches Engagement fördern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/7416](#)

Die Koalitionsfraktionen kündigten an, den Antrag zurückzuziehen, da die darin formulierten Ziele inzwischen auf Bundesebene umgesetzt worden sind. Der Ausschuss setzte diesen Punkt daraufhin von der Tagesordnung ab.

4. **Wertvolle Rohstoffe nutzen - Kannibalismus verhindern - Landesregierung muss sich bei der EU für die Zulassung von tierischen Proteinen in der Fütterung einsetzen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5144](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung an, den Antrag in einer geänderten Fassung anzunehmen.

5. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Der Ausschuss kam überein, ein von der Abg. Regina Asendorf entworfenes Initiativschreiben die Weitergabe der Berichtsbögen der Bundesregierung zu Angelegenheiten die EU betreffend als Votum des Ausschusses an die Bundesregierung zu senden.

Auf eine Bitte der CDU-Fraktion kam der Ausschuss überein, sich in seiner nächsten Sitzungen durch die Landesregierung über den Vorschlag für eine Richtlinie des

Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung) zur BR-Drucksache 189/17 unterrichten zu lassen und den Mitgliedern der Ausschüsse für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Umwelt, Energie und Klimaschutz sowie Rechts- und Verfassungsfragen anheimzustellen, an der Unterrichtung teilzunehmen.

6. Auswärtige Sitzung des Ausschusses am 12. Mai 2017 in Groningen/Niederlande

Der Ausschuss erörterte den Programmvorschlag für die Sitzung.

7. Terminabsprachen

Der Ausschuss verständigte sich darauf, am 8. Juni 2017 eine Auswärtige Sitzung in Berlin bei der Vertretung der Europäischen Kommission durchzuführen. Themenvorschläge sollen bis Ende März an die Landtagsverwaltung übermittelt werden.